

# Staatsrat ist unzufrieden mit Datenschutzbehörde

Der Staatsrat kritisiert in einem Schreiben die Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz. Der Grosse Rat hat dafür wenig Verständnis.

**GRANGES-PACOOT** Besorgniserregend sei die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Kantonalen Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz. Dies sagte Staatsrat Didier Castella (FDP), als der Grosse Rat den Tätigkeitsbericht der Behörde diskutierte. Es brauche ein Gleichgewicht und pragmatische Lösungen, damit der Staat moderne Leistungen anbieten könne. Ämter der kantonalen Verwaltung hätten aber

ihre Sorgen geäussert, dass vor allem die Behörde für Datenschutz dies behindere.

Um sich zu erklären, hat der Staatsrat dem Grossen Rat zum Tätigkeitsbericht ein Begleitschreiben beigelegt. Darin erwähnt er Beispiele wie die kurzfristige Einführung von Office 365 oder Videokonferenzen, bei der die Behörde zu verfahrenstechnisch argumentiert habe.

Dieser Ton kam im Parlament jedoch nicht gut an. Es stellte die Frage, ob der Staatsrat den Datenschutz nicht ernst genug nehme. Auch hiess es, die Grossratspräsidentin solle als Mediatorin auftreten. Letztlich blieb der Wunsch, beide Seiten sollen sich möglichst bald wieder vertragen. *uh*

**Bericht Seite 2**

## Ombudsstelle

# Fusion mit Öffentlichkeit und Datenschutz geplant

**+** Der Grosse Rat diskutierte an seiner Sitzung den Tätigkeitsbericht der Kantonalen Ombudsstelle. Es gebe immer mehr Eingaben an diese Stelle, auf die sie nicht eingehen könne und deshalb weiterleiten müsse, sagte Sprecherin Ursula Krattinger-Jutzet (SP, Düdingen).

Staatsrat Didier Castella kündigte an, dass ein Gesetz über die Mediation noch im Herbst präsentiert werde, welches präzisiert, was die Praxis an Erfahrungen brachte.

Betreffend das angekündigte Gesetz wies Bernhard Alter-

matt (Die Mitte, Freiburg) darauf hin, der Staatsrat plane, die Ombudsstelle in die Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz zu integrieren. Das mache Sinn, sagte er. Vorher aber müssten die Probleme mit dieser Behörde aus dem Weg geräumt werden. «Was im Begleitschreiben des Staatsrats steht, ist inakzeptabel. Niemand kann so arbeiten.» Es herrsche Bedarf nach einer Reform, vor allem in einer Stärkung der vorgesetzten Stelle. «Das Milizsystem kann dies nicht erfüllen.» *uh*